

DIE LINKE.

Wernau

Pressemitteilung 18.03.2010

Vorstandswahlen und Sicherheitsstaat

Bei den turnusmäßigen Vorstandswahlen im Vereinsheim des Tennisclubs Wernau wurde jeweils einstimmig der Sprecher der Wernauer Linken, Thomas Mitsch im Amt bestätigt und als sein Stellvertreter Michael Christenheit gewählt. Nach Bekanntgabe der Neueintritte und einem Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre begann der Hauptredner dieses Abends, der Pressesprecher des Kreisverbandes, Jochen Findeisen, sein Referat zum Thema Sicherheitsstaat und Bürgerrechte. Er führte aus, dass seit Jahren die Netto- (und seit Kurzem auch die Bruttoeinkommen) der abhängig Beschäftigten sinken würden. In Deutschland würden inzwischen über 18 Prozent der Bevölkerung in Armut leben. Gerade erst hat das Bundesverfassungsgericht die Regierenden aufgefordert, Kindern aus HartzIV-Familien ein würdiges Existenzminimum zuzubilligen. Materielle Unsicherheit erzeuge Angst. Auch die Oberen hätten Angst vor den Unteren, denn wer Angst vor der Zukunft habe lasse sich nicht mehr steuern, sein Verhalten sei unkontrollierbar. Hinzu käme, dass sich die Welt gedreht habe. Die Grenzen aus der Zeit des „kalten Krieges“ seien gefallen, ehemalige Entwicklungsländer seien heute respektable politische und wirtschaftliche Mächte. Für die Waren und Kapitalströme gebe es keine Grenzen mehr. Durch das Internet könnten weltweit Informationen abgerufen und verbreitet werden. Dies verstärke die Angst vor Kontrollverlust und würde bei Politikern und Polizeibehörden wieder den alten, nie erfüllbaren „Wunschtraum der Exekutive“ aufkommen lassen „alles“ wissen zu wollen um alles beherrschen zu können. Hier konnte Findeisen sich einen Hinweis auf die „Stasi“ in der DDR nicht verkneifen, die in ihren selbst geschaffenen Daten- und Informationsozeanen „ersoffen“ sei. Es würde als nicht mehr ausreichend erachtet, dass der Staat erst dann eingreifen könnte, wenn beweisbare Gesetzesverstöße passiert seien. Der Staat würde immer mehr weit im Vorfeld von Straftaten ermitteln. Der Staat müsse sich rechtfertigen, wenn er in die Privatsphäre der Bürger eindringen wolle. Das sagen die Grundrechte. Die DIE LINKE macht sich stark für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger und für die Grundrechte. Die Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nachweisen, dass sie nichts zu verbergen haben! Sicherheitsfanatiker behaupten allerdings das genaue Gegenteil. Von dieser demagogischen Verdrehung gilt es sich und die Politik zu befreien. Absolute Sicherheit gibt es nicht, aber es gibt den absoluten Sicherheitsstaat. Dieser hat mit Demokratie nichts mehr zu tun. Die LINKE verstünde sich, so Findeisen, als Verfassungspartei, die den freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat weiterentwickeln möchte und ihn nicht zu einem Steinbruch verkommen lassen will für Politiker und Polizisten, die Baumaterialien suchten zum Neubau einer „Welt von Gestern“